

## **Zum Tätigkeits- und Erfahrungsbericht\* der Umsiedlungsbeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen, Frau Bürgermeisterin a. D., Frau Margareta Kranz, Stand 31.10.2018, erlauben wir uns, wie folgt Stellung zu nehmen:**

Da wir nur den Bereich der Umsiedlung Keyenberg, Kuckum, Unter-/Oberwestrich und Berverath beurteilen können, beziehen wir nachfolgende Anmerkungen auf diesen Bereich.

Unter Punkt II des Berichtes werden die Aufgaben der Umsiedlungsbeauftragten beschrieben. Dazu gehört gemäß a) die „Unterstützung einzelner Umsiedlungsbetroffener bei außergewöhnlichen Konflikten oder persönlichen Härten“

Hierzu bringen wir folgen Anmerkungen an:

Im Bereich unserer Umsiedlung gibt es mehrere Familien, die erhebliche Probleme im Rahmen der Umsiedlung haben. Diese persönlichen Probleme beruhen darauf, dass diese Familien im Rahmen der Umsiedlung von RWE vor die Wahl gestellt werden, entweder ihr bisheriges Privat- oder Berufsleben aufzugeben oder nicht an der gemeinsamen Umsiedlung teilzunehmen. Die Probleme sind nicht unlösbar, erfordern jedoch von allen Seiten eine Kompromissbereitschaft, die insbesondere auf der Seite von RWE nicht vorhanden ist. Diese Umsiedler haben sich an Frau Kranz gewandt und um ihre Hilfe, bzw. Vermittlung zu erbitten. Keinem dieser hilfeschuchenden Umsiedler wurde durch Frau Kranz Unterstützung gewährt, die Schreiben der Umsiedler an Frau Kranz wurden nicht beantwortet, noch nicht mal mit einem einer Eingangsbestätigung.

Da die den Unterzeichnern persönlich bekannten Betroffenen persönlich Nachteile im weiteren Verlauf der Umsiedlung befürchten, werden ihre Namen hier nicht genannt. Als IG Umsiedlung können wir jedoch sagen, dass Frau Kranz zu keiner Zeit innerhalb der Umsiedlung bereit gewesen ist, umsiedlungsrelevante Gespräche mit uns als Umsiedler zu führen.

Auch die bei der Umsiedlung der Ortschaften Keyenberg..... nicht vorhandene Bürgerbeteiligung wird von der Umsiedlungsbeauftragten zwar beschrieben, an keiner Stelle wird jedoch deutlich, inwieweit Frau Kranz bemüht war, hier Abhilfe zu schaffen. Obwohl diese Bürgerbeteiligung bereits in der Genehmigung des Braunkohlenplans Garzweiler II festgeschrieben ist.

Gemäß der Punkte b) und f) .....

Bei Gesprächen zwischen RWE und den im Bericht genannten, aber nicht näher beschriebenen „Verschiedenen Gruppierungen“ bezüglich Sicherheit, Rückbau der Altorte, Unterstützung der Vereine, Erhalt der Dorfgemeinschaft, Sicherstellung der Sozialverträglichkeit, usw. ist Frau Kranz nicht zugegen. Hier wäre die aktive Begleitung der Umsiedlungsbeauftragten wünschenswert, wenn die Umsiedlungsbeauftragte sich denn tatsächlich für die Belange der Umsiedler in Keyenberg,..... einsetzen würde.

Gemäß Punkt c)

Uns ist auch nicht bekannt, dass Frau Kranz aktiv auf Umsiedler zugegangen ist, um sich nach dem Verlauf der Umsiedlung in Gesprächen vor Ort zu informieren. Gerade dieses fehlende Engagement der Umsiedlungsbeauftragten wird von vielen Umsiedlern bemängelt.

Gemäß Punkt g)

zu keiner Zeit wurde bekannt, dass die Umsiedlungsbeauftragte Gesprächstermine angeboten hat. Dies wäre z. B. Donnerstags im Beratungsbüro in Keyenberg möglich.

Forderungen an die Umsiedlungsbeauftragte:

- Gemäß ihrem Mitspracherecht bei wichtigen Entscheidungen, durch die Belange der umzusiedelnden Bevölkerung betroffen sind, soll die Umsiedlungsbeauftragte öffentlich Stellung beziehen, z. B. bei der in diesem Sommer geänderten Berechnung der Rückgängigmachung der allgemeinen Marktanpassung (Kötter Gutachten).
- Da die „Härtefälle“ zumindest RWE, der Stadt Erkelenz und/oder der Bez.-Reg. Köln bekannt sein müssen, wird von der Umsiedlungsbeauftragten erwartet, dass sie sich diesen Familien annimmt und aktiv auf diese zugeht, um den Umsiedlern Hilfe und Unterstützung zu gewähren. Insbesondere deshalb, da Herr Harzheim als Berater der Umsiedler derzeit langfristig ausgefallen ist

Kleine Anmerkung am Rande: am 16.11.2018 fand in Keyenberg neu ein von RWE organisiertes „Bauherrenfest“ statt. Die Unterzeichner waren nicht anwesend und fragten bei der Erstellung dieses Schreibens ein Mitglied eines Ortsausschusses, welches bei dieser Veranstaltung anwesend nach, ob Frau Kranz oder Herr Harzheim dort zugegen war. Antwort: „Kenne ich beide nicht!“

ANHANG:

Es fehlen Frau Kranz Hinweise auf fehlende Sozialverträglichkeit? Hier sind nur die spontan auffallenden (Stand November 2018):

- RWE leitet aktuell (November 2018) Enteignung von Ackerflächen ein, die nach RWE-eigenen Angaben nicht vor November 2019 in Anspruch genommen werden, obwohl Eigentümer eine zügige, kooperative Regelung nach Entscheidung der Kohlekommission vorgeschlagen hat
- RWE ändert vor einigen Wochen heimlich, still und leise die Entschädigungspraxis zu Ungunsten der Umsiedler
- RWE schafft spürbar und sichtbar schneller Fakten als vor Einsetzen der Kohlekommission durch großflächiges Abklemmen von Hausanschlüssen, übermäßig schnelle Verdichtung und Planierungen von Feldwegen und Ackerflächen mit Schotter, verstärkter Bau von Pumpen
- RWE sorgt durch übermäßig schnellen Abriss der Autobahn für immense Lärm- und Lichtbelastung für die Keyenberger
- RWE regelt die einfachen Umsiedlungsfälle schnell, hilft aufwendigeren Fällen jedoch in keiner Weise angemessen
- **Die falsche Flächenplanung wird auf dem Rücken der Umsiedler ausgetragen: Insbesondere Eigentümer großer Grundstücke, Bauern, Großfamilien erfahren keine angemessene Unterstützung oder gar adäquaten Ersatz**
- Vorschlag: Frau Kranz gibt eine anonyme Bürgerbefragung in den noch nicht umgesiedelten Dörfern in Auftrag (anonym, damit ein ehrliches Meinungsbild ohne Befürchtung von Repressalien gegeben wird). So könnte man ein ehrliches Bild zum Thema Sozialverträglichkeit erheben.

\* [https://www.bezreg-koeln.nrw.de/brk\\_internet/gremien/braunkohlenausschuss/sitzungen/sitzung\\_157/05.pdf](https://www.bezreg-koeln.nrw.de/brk_internet/gremien/braunkohlenausschuss/sitzungen/sitzung_157/05.pdf)